

## **Kleine Anfrage**

**des Abg. Friedrich Haag FDP/DVP**

**und**

## **Antwort**

**des Ministeriums der Justiz und für Migration**

### **Priorisierte Prüfung potenzieller Standorte in Stuttgart-Weilimdorf für eine Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) für Geflüchtete**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hoch schätzt sie nach aktuellem Kenntnisstand den Bedarf an regelmäßig belegten Unterbringungsplätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen im Stadtkreis Stuttgart insgesamt ein?
2. Welche Miet- oder Kaufoptionen stehen ihr an allen möglichen Standorten in Stuttgart-Weilimdorf potenziell zur Verfügung, sollte sie sich für die Einrichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung dort entscheiden (bitte aufgeschlüsselt nach den ihr angebotenen sowie sich in Prüfung befindlichen Standorten)?
3. An welchen Standorten in Stuttgart-Weilimdorf befindet sie sich derzeit in Verhandlungen mit den aktuellen Eigentümern bzw. Mietern (bitte aufgeschlüsselt nach Standort)?
4. Welche Ergebnisse haben diese Verhandlungen bislang hinsichtlich des voraussichtlichen Miet- bzw. Kaufpreises sowie eines geplanten Vertragsabschlusses ergeben (bitte aufgeschlüsselt nach Standort, unter Angabe der Höhe des voraussichtlichen Miet- bzw. Kaufpreises sowie geplanten Datums des Vertragsabschlusses)?
5. Welche Informationen sind ihr darüber bekannt, was mit den derzeitigen Mitarbeitern der jeweils an den Standorten ansässigen Unternehmen passieren soll, sollte sich das Land dort für die Einrichtung einer LEA entscheiden (bitte unter Angabe der derzeitigen Anzahl an Mitarbeitern je Standort)?
6. Welche Erkenntnisse bzw. Planungen ihrerseits bestehen derzeit für eine Zusammenlegung der potenziellen Standorte in Stuttgart-Weilimdorf zu einer großen Erstaufnahmeeinrichtung mit mehreren Gebäuden (bitte unter Angabe der geplanten Gesamtanzahl an Gebäuden sowie der dafür potenziell geeigneten Standorte)?

7. Wie würde sich die Zahl der geplanten bzw. möglichen Unterbringungsplätze in einer potenziellen Erstaufnahmeeinrichtung in Weilimdorf im Falle einer solchen Zusammenlegung verändern (bitte unter Angabe der geplanten Regel- sowie Maximalkapazität im Falle einer Zusammenlegung)?
8. In welcher Form gab es zwischenzeitlich einen direkten Austausch des Landes bzw. des Regierungspräsidiums mit der Stadt Stuttgart sowie dem Bezirksvorsteher, den Bezirksbeiräten und den Anwohnern in Weilimdorf bzgl. der LEA-Prüfungen (bitte unter Angabe des Datums sowie der Art des Formats)?
9. Welche weiteren Austauschformate mit der Stadt Stuttgart sowie dem Bezirksvorsteher, den Bezirksbeiräten und den Anwohnern in Weilimdorf plant sie bzgl. ihrer LEA-Prüfungen (bitte unter Angabe des geplanten Datums sowie der Art des Formats)?

7.4.2025

Haag FDP/DVP

#### Begründung

Die Landesregierung prüft derzeit mehrere Standorte für die Einrichtung von (Landes-)erstaufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete (LEA/EA) in der Landeshauptstadt Stuttgart. Priorisiert geprüft werden laut Informationen des Regierungspräsidiums vier Standorte in Stuttgart-Weilimdorf (Mittlerer Pfad 9; 13 bis 15; 19; sowie 25 bis 27). Laut einem Pressebericht der Stuttgarter Zeitung vom 28. Januar 2025 ist zudem am Standort Mittlerer Pfad 2 bis 4 derselbe Mieter untergebracht wie am sich in Prüfung befindlichen Standort der Hausnummer 9. Die Kleine Anfrage will den aktuellen Stand der Prüfungen sowie der Vertragskonditionen abfragen.

#### Antwort

Mit Schreiben vom 29. April 2025 Nr. JUMRV-0141.5-188/4/1 beantwortet das Ministerium der Justiz und für Migration im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Wie hoch schätzt sie nach aktuellem Kenntnisstand den Bedarf an regelmäßig belegten Unterbringungsplätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen im Stadtkreis Stuttgart insgesamt ein?*

Zu 1.:

Der Bedarf an Unterbringungskapazitäten in der Landeserstaufnahme wird landesweit ermittelt. Die Landesregierung hat am 27. Februar 2024 beschlossen, die Regelkapazität der Landeserstaufnahme auf Regelkapazitäten für bis zu 12 000 Personen auszubauen. Da die Erstaufnahme des Landes Baden-Württemberg aktuell über Regelkapazitäten für rund 6 400 Personen verfügt, sind landesweit zusätzliche Regelkapazitäten für etwa 5 600 Personen erforderlich.

2. *Welche Miet- oder Kaufoptionen stehen ihr an allen möglichen Standorten in Stuttgart-Weilimdorf potenziell zur Verfügung, sollte sie sich für die Einrichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung dort entscheiden (bitte aufgeschlüsselt nach den ihr angebotenen sowie sich in Prüfung befindlichen Standorten)?*

3. *An welchen Standorten in Stuttgart-Weilimdorf befindet sie sich derzeit in Verhandlungen mit den aktuellen Eigentümern bzw. Mietern (bitte aufgeschlüsselt nach Standort)?*
4. *Welche Ergebnisse haben diese Verhandlungen bislang hinsichtlich des voraussichtlichen Miet- bzw. Kaufpreises sowie eines geplanten Vertragsabschlusses ergeben (bitte aufgeschlüsselt nach Standort, unter Angabe der Höhe des voraussichtlichen Miet- bzw. Kaufpreises sowie geplanten Datums des Vertragsabschlusses)?*

Zu 2., 3. und 4.:

Die Fragen 2, 3 und 4 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Das Land hat seine Prüfungen der angebotenen Liegenschaften in Stuttgart-Weilimdorf fortgeführt. Aussagen zu Verhandlungen sowie voraussichtlicher Miet- und Kaufpreise können zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen Dritter nicht getroffen werden.

Auf die Antworten zur Kleinen Anfrage des Abgeordneten Friedrich Haag FDP/DVP – Auswirkungen der priorisierten Prüfung der Standorte in Stuttgart-Weilimdorf für eine potenzielle Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) – Drucksache 17/8083 sowie zur Kleinen Anfrage des Abgeordneten Friedrich Haag FDP/DVP – Prüfung von sechs potenziellen Standorten für (Landes-)Erstaufnahmeeinrichtungen (LEA/EA) in Stuttgart – Drucksache 17/7887 und zur Kleinen Anfrage des Abgeordneten Haag FDP/DVP – Potenzielle Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) am Standort Mittlerer Pfad 25 bis 27 in Stuttgart – Drucksache 17/7876 wird verwiesen.

5. *Welche Informationen sind ihr darüber bekannt, was mit den derzeitigen Mitarbeitern der jeweils an den Standorten ansässigen Unternehmen passieren soll, sollte sich das Land dort für die Einrichtung einer LEA entscheiden (bitte unter Angabe der derzeitigen Anzahl an Mitarbeitern je Standort)?*

Zu 5.:

Der Landesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

6. *Welche Erkenntnisse bzw. Planungen ihrerseits bestehen derzeit für eine Zusammenlegung der potenziellen Standorte in Stuttgart-Weilimdorf zu einer großen Erstaufnahmeeinrichtung mit mehreren Gebäuden (bitte unter Angabe der geplanten Gesamtanzahl an Gebäuden sowie der dafür potenziell geeigneten Standorte)?*
7. *Wie würde sich die Zahl der geplanten bzw. möglichen Unterbringungsplätze in einer potenziellen Erstaufnahmeeinrichtung in Weilimdorf im Falle einer solchen Zusammenlegung verändern (bitte unter Angabe der geplanten Regel- sowie Maximalkapazität im Falle einer Zusammenlegung)?*

Zu 6. und 7.:

Die Fragen 6 und 7 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Prüfung der Standorte in Stuttgart-Weilimdorf ist noch nicht abgeschlossen. Deshalb können die aufgeworfenen Fragen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beantwortet werden.

8. *In welcher Form gab es zwischenzeitlich einen direkten Austausch des Landes bzw. des Regierungspräsidiums mit der Stadt Stuttgart sowie dem Bezirksvorsteher, den Bezirksbeiräten und den Anwohnern in Weilimdorf bzgl. der LEA-Prüfungen (bitte unter Angabe des Datums sowie der Art des Formats)?*

9. *Welche weiteren Austauschformate mit der Stadt Stuttgart sowie dem Bezirksvorsteher, den Bezirksbeiräten und den Anwohnern in Weilimdorf plant sie bzgl. ihrer LEA-Prüfungen (bitte unter Angabe des geplanten Datums sowie der Art des Formats)?*

Zu 8. und 9.:

Die Fragen 8 und 9 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Auf die Antwort zur Kleinen Anfrage des Abgeordneten Friedrich Haag FDP/DVP – Prüfung von Standorten in Stuttgart für eine mögliche Landeserstaufnahmestelle (LEA) – Drucksache 17/7261 wird verwiesen.

Das Land Baden-Württemberg und die Landeshauptstadt Stuttgart befinden sich in guten und regelmäßigen Gesprächen zur Frage der Inbetriebnahme einer Einrichtung der Erstaufnahme in Stuttgart. Am 25. November 2024, am 19. Dezember 2024, am 7. Januar 2025 und am 10. Februar 2025 fanden Gespräche zwischen Frau Ministerin Gentges MdL, Herrn Oberbürgermeister Dr. Nopper, Herrn Bürgermeister Fuhrmann und Frau Bürgermeisterin Dr. Sußmann statt.

Am 22. Oktober 2024 fand ein Gespräch zwischen Herrn Staatssekretär Lorek MdL, Herrn Ministerialdirektor Engling, Herrn Bürgermeister Fuhrmann und Frau Bürgermeisterin Dr. Sußmann statt.

Am 14. November 2024 erfolgte ein Telefonat zwischen Herrn Staatssekretär Lorek MdL und Frau Bürgermeisterin Dr. Sußmann.

Am 18. November 2024 nahm Herr Staatssekretär Lorek MdL an der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart teil.

Am 20. März 2025 fand ein Gespräch zwischen Herrn Staatssekretär Lorek MdL, Herrn Bürgermeister Fuhrmann und Frau Bürgermeisterin Dr. Sußmann statt.

Am 26. März 2025 fand eine Besichtigung der LEA Karlsruhe durch den Gemeinderat Stuttgart statt, in deren Rahmen auch ein Austausch mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe erfolgte.

Im Rahmen der Prüfung der bekannten Standortoptionen in Stuttgart-Weilimdorf erfolgt auf Fachebene ein Austausch des Ministeriums der Justiz und für Migration, des Ministeriums für Finanzen, des Regierungspräsidiums Stuttgart und des Landesbetriebs Vermögen und Bau Baden-Württemberg, Amt Stuttgart mit der Stadt Stuttgart. Allgemein findet keine statistische Erfassung von Terminen statt.

Hinsichtlich der Information der Anwohner wird auf die Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Friedrich Haag FDP/DVP – Entscheidungsprozess für eine mögliche Landeserstaufnahmestelle (LEA) in Stuttgart – Drucksache 17/7387 verwiesen.

Am 25. Februar 2025 fand eine Veranstaltung der Wirtschafts- und Industrievereinigung Stuttgart e.V. statt, um die geplante Ansiedlung einer Landeserstaufnahmeeinrichtung zu erörtern. Hieran nahmen Vertreter des Landes und der Landeshauptstadt Stuttgart teil.

Gentges

Ministerin der Justiz  
und für Migration